



Dresdner Reden 2014

**23. Februar 2014**

**Jürgen Trittin**

**„Wider die Renaissance des Nationalen  
Mehr Europa – mehr Gerechtigkeit –  
mehr Ökologie“**

**Sächsische Zeitung**

Was uns verbindet.

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.

**Dresdner Reden 2014** Die Dresdner Reden blicken auf eine über zwanzigjährige Geschichte zurück. In Kooperation mit der Sächsischen Zeitung laden wir jedes Frühjahr Persönlichkeiten aus Kunst, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein, auf der Bühne des Staatsschauspiels Dresden eine Rede zur Zeit zu halten.

**Jürgen Trittin** Der ehemalige Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen studierte Sozialwissenschaften in Göttingen. Anschließend arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und freier Journalist, bevor 1980 Mitglied der Grünen wurde. Anfang der 90er Jahre war Trittin Niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, wo er für ein nachhaltiges und starkes Europa eintrat. Von 1994 bis 1998 war er Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen und wurde anschließend von Bundeskanzler Gerhard Schröder in der rot-grünen Koalition zum Bundesumweltminister berufen. Unter seiner Amtsführung wurden die Energiewende und der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Von 2005 bis 2009 koordinierte Trittin den Arbeitskreis Internationale Politik und Menschenrechte der grünen Bundestagsfraktion. Seit seinem Rückzug als Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 2013, ist Trittin Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns angewöhnt über Europa in der Krise zu sprechen. Europa besteht aus „Krisenländern“ – das sind übrigens immer die anderen. Wir haben eine „Eurokrise“.

### 1. Hoffnung

Ich möchte mit etwas anderem beginnen. Ich möchte von Hoffnung sprechen. Europa ist eine Hoffnung. Und wir müssen von dieser Hoffnung sprechen. Vor wenigen Tagen haben über 77 Menschen in Kiew, auf dem Maidan für diese Hoffnung ihr Leben gelassen. Sie hofften auf eine Gesellschaft des Rechts, der Freiheit, der Freizügigkeit – ja auch des Wohlstands. Weil sie für eine europäische Ukraine stritten, wurden sie von Snipern brutal erschossen. Diese Menschen sind für die Idee von Europa gestorben. Nicht erst seitdem heißt Kiews Platz der Unabhängigkeit in den sozialen Netzwerken schon „#EuroMaidan“. Die Toten des Maidan lehren uns Demut und Scham – Scham über Kleinmut. Einen Kleinmut, der sich beim Stichwort Europa über Krümmungsgrade von Bananen ereifert, über zu viel Bürokratie und abgehobene Eurokraten in Brüssel. Die populäre Rede über Europa ist eine schlechte. Es ist üble Nachrede. Das hat unser Europa nicht verdient. Europa ist eine große Idee. Europa ist eine Hoffnung. Ihr können auch autoritäre Systeme nicht widerstehen. Das lehrt uns die Ukraine. Ja, Europa ist Frieden.

Vor 100 Jahren begann Deutschland den 1. Weltkrieg. Mein Großvater zog in diesen Krieg mit der Parole: „Jeder Schuss ein Russ, jeder Stoß ein Franzos“. Es folgte 1939 das Menschheitsverbrechen des 2. Weltkriegs mit dem Holocaust. Am Beginn des neuen Europa stand die Idee, die Ursachen des Krieges durch wirtschaftliche Kooperation und durch Freizügigkeit zu überwinden. Dieses neue Europa, für das ein junger Helmut Kohl einst Grenzbäume zu Frankreich abriß, dieses Europa hat diesem Kontinent 50 Jahre Frieden gebracht. Am Ende des kalten Krieges kam im Zerfall des ehemaligen Jugoslawien der Krieg nach Europa zurück. Heute ist es die Perspektive eines gemeinsamen Europas, das Kroaten, Serben, Slowenen, Bosnier, die Völker des westlichen Balkans wieder zusammenführt. Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Aber Europa ist mehr. Europa ist Demokratie. Europa, das war die Antwort auf das faschistische Spanien, auf die Kolonialdiktatur in Portugal, auf den Militärputsch in Griechenland. Und in diesen Europa wollten die Gesellschaften Osteuropas, als die Unfreiheit unter der Sowjetunion endete. Deshalb müssen wir die üble Nachrede über Europa beenden. Europa ist unsere Hoffnung.

### 2. Gefahr

Unser Europa ist in Gefahr. Es gibt eine Renaissance des Nationalen. Im etablierten, demokratischen Spektrum wenn etwa David Cameron wichtige Entscheidungen wieder nationalisieren und die Freizügigkeit in Europa beenden will. Das dabei entstehende Europa aus Nationalstaaten in einer Freihandelszone ohne gemeinsame Standards wäre ein Turbolader für alle offenen Europafeinde, deren Stärke kann man aktuellen Umfragen entnehmen. Im Vereinigten Königreich liegt die *United Kingdom Independent Party* (UKIP) ebenso vorne wie in Frankreich Marine le Pens *Front National* (FN). Gemeinsam mit den Rechtspopulisten Geert Wilders und seiner *Partei für die Freiheit* (PVV) aus den Niederlanden hat sich Frau Le Pen schon

verabredet, eine gemeinsame Fraktion im nächsten Europäischen Parlament zu bilden. Ihnen will sich die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), der belgische *Vlaams Belang*, die *Schwedendemokraten* sowie die *Lega Nord* anschließen. Diese Parteien sind beileibe nicht die Rechtsaußen in Europa. Es gibt sowohl in Griechenland mit der Partei *Morgenröte*, als auch in Ungarn mit *Jobbik* offen neonazistische Parteien im Parlament. Auf der anderen Seite ist der Übergang zu konservativen Parteien fließend. Der nationalistische *Ungarischer Bürgerbund* (*Fidesz*), des regierenden Autokraten Victor Orban, ist immer noch Mitglied in der *Europäischen Volkspartei* der auch CDU und CSU angehören. Dass die Europagegner gestärkt aus den Wahlen hervorgehen werden, kann als gesichert gelten. Die Frage ist nur, wie stark sie werden. Analysten der Deutschen Bank rechnen mit bis zu 18% rechter Euroskeptiker.<sup>1</sup> Doch wichtiger als ihre quantitative Stärke ist ihre Fähigkeit gerade konservativen, aber auch sozialdemokratischen Parteien ihre Themen auf zu herrschen. Doch oft genug machen auch demokratische Parteien die Themen der rechten Populisten hoffähig. Die europafeindlichen Parteien sind durchaus unterschiedlich. Die einen sind extrem homophob, andere wie die PVV nicht. Einige waren lange offen antisemitisch, wie die FN, andere sind ostentativ proisraelisch, wiederum die PVV. Dennoch einen die rechtspopulistischen Eurogegner drei wesentliche Ideologeme:

→ Sie sind fremdenfeindlich

→ Sie sind islamfeindlich

→ Sie sind wirtschaftsliberal

Sie sind damit nur eine Spitze des Eisberges. In Europa und seinen Gesellschaften gibt es überwiegend rechte Mehrheiten. Erstaunlich war schon, dass auf das nach der Lehman-Pleite ausgerufenen Ende des Neoliberalismus in Europa reihenweise konservative und wirtschaftsliberale Regierungen gewählt wurden. In Griechenland ausgerechnet die konservative *Neue Demokratie*, die den größten Teil jener Schulden aufgehäuft hat, die heute durch eine brutale Sparpolitik abgebaut werden sollen. Regierungen links der Mitte? Die durften in Island den von den Rechten herbeigeführten Staatsbankrott abwickeln – aber dann wurden sie zugunsten der rechten Bankrotteure abgewählt. Und diese kassierten jetzt auch den Beitritt Island zur EU. Deutschland ist von einer rechtspopulistischen Partei im Bundestag gerade noch verschont worden. Dennoch, die *Alternative für Deutschland* dürfte in das Europaparlament einziehen und freut sich schon darauf, hier in Sachsen in den Landtag zu kommen.

Die AfD pflegt einen militanten Neoliberalismus, repräsentiert durch den ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henckel. Für das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen ist bei der AfD ihre Kandidatin Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, verantwortlich. Die äußert sich dazu nicht anders als die NPD: „Multikulti hat die Aufgabe, die Völker zu homogenisieren und damit religiös und kulturell auszulöschen.“ Wenn man zu diesem Satz AfD-Chef Bernd Lucke befragen möchte, rennt er aus dem Studio. Er sollte sich lieber von solchem Rassismus distanzieren als davonzulaufen. Dass rechtspopulistische Parteien in Deutschland schwächer sind als anderswo, hat etwas mit unserer wirtschaftlichen Situation zu tun. Im Zielland der Kapitalflucht aus den Krisenländern, hier in Deutschland, ist eher Wohlstandschauvinismus als Rechtspopulismus die Reaktion.

---

<sup>1</sup> Nicolas Heinen, Florian Hartleb: EU-Skeptiker im Aufwind?, EU-Monitor, Deutsche Bank Research, 31.01.14

Unser Nationalbewusstsein gründete nach den Verheerungen des Nationalsozialismus in der alten Bundesrepublik im kollektiven Stolz auf das Wirtschaftswunder. Nach dem Scheitern der DDR wurde dieser Wirtschaftswunderstolz Teil des Nationalbewusstseins des vereinten Deutschlands. Dieses Nationalbewusstsein unterscheidet sich von einem aggressiven Nationalismus. Es ist anschlussfähig an die europäische Idee – weil, obwohl voll Überheblichkeit, ohne Nationalismus.

In einer weichen und an der Oberfläche freundlicheren Form ist die Stärke des Lagers rechts der Mitte – immerhin vereinten die Demokraten von der Union und der FDP und die rechtspopulistische AfD gemeinsam über 51% der Stimmen bei der Bundestagswahl – dem Aufstieg der Rechtspopulisten und der Schwäche der Linken im Rest Europas eng verwandt. Und zweitens: Nur weil es im Bundestag noch keine rechtspopulistischen Parteien gibt, gibt es dennoch Rechtspopulismus. Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ wurde 1,4 Millionen mal verkauft. Sein neuestes Buch lebt von der Behauptung, man hätte in Deutschland nie etwas gegen Schwule sagen dürfen und deshalb herrsche hier ein „Tugendterror“. Dafür macht BILD gerne Werbung. BILD selbst hat es zum Jahresauftakt zusammen mit der CSU – und dem damaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich – fertig gebracht, viele Deutsche glauben zu lassen, wir hätten ein großes Problem mit der Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren, die hier Leistungen in Anspruch nähmen. Gefordert wurde eine Beschränkung der Freizügigkeit. Ausgerechnet Horst Seehofer und sein scheinpromovierter Generalsekretär forderten „Wer betrügt, fliegt“. Obwohl fast die gesamten Medien dieses Märchen widerlegten, obwohl die Bundesagentur für Arbeit mit Zahlen belegen konnte, dass die Zuwanderer aus diesen Ländern hier mehr Geld ins System bringen, als sie kosten, hielten im Januar 2014 22% der Deutschen das für das wichtigste Problem. Es war wichtiger als die Angst um Arbeitsplatz und Job. CSU und BILD haben so rechtspopulistische Ideologeme hoffähig und damit stark gemacht. Und sie haben ein Grundprinzip Europas, die Freizügigkeit desavouiert. So werden die Europagegner stark. Was dem Deutschen der Rumäne, ist dem Schweizer der Deutsche. Obwohl die Schweiz ihren Tourismus, ihr Gesundheitssystem, ja ihre Volkswirtschaft ohne Zuwanderer nicht aufrechterhalten könnte, stimmte eine knappe Mehrheit für eine Begrenzung der Zuwanderung und stellte sich damit gegen eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union. Mit einer interessanten regionalen Verteilung. Fast naturgesetzlich war die Ablehnung der Zuwanderung dort am höchsten, wo es am wenigsten Zuwanderer gibt. Wo es viele Zuwanderer, und wo es – für Schweizer Verhältnisse – viele Probleme mit den Folgen der Zuwanderung gab, etwa in Zürich, stimmten die Menschen für Freizügigkeit. Wenn es vor allem der imaginierte Fremde ist – was fördert diese antieuropäische, rechtspopulistische wie wohlstandschauvinistische Haltungen? Die Antwort liegt im Umgang mit der europäischen Krise.

### **3. Krise**

Ja, ich spreche von einer Krise in Europa. Es sind nicht die Krisenländer, die eine Krise haben. Diese Krise ist auch unsere Krise. Es ist genauso eine deutsche, wie eine griechische, spanische, irische oder portugiesische Krise.

Im Wesentlichen gibt es zwei Gründe für die Krise. Man hat es versäumt, den Finanzmarkt streng zu regulieren. Und man hat es versäumt, die europäischen Volkswirtschaften aufeinander abzustimmen und miteinander zu koordinieren. Die mangelnde Regulierung der Finanzmärkte führte bekanntlich dazu, dass viele Banken unhaltbare Geschäftsmodelle hat-

ten, viele Bürgerinnen und Bürger und viele Staaten sich im Übermaß verschuldeten, und schließlich massenhaft private Kredite ausfielen. Europäische Staaten waren gezwungen ihre Banken zu retten und gerieten selbst in eine verschärfte Schuldenkrise. Starke Staaten waren gezwungen schwache Staaten zu stützen. Der Mangel an wirtschafts- und sozialpolitischer Koordination hatte davon unabhängig bereits dafür gesorgt, dass die unterschiedlich starken europäischen Volkswirtschaften sich noch weiter auseinander entwickelten. Innerhalb Europas entstanden riesige Ungleichgewichte. Einige starke Volkswirtschaften feierten große Exportüberschüsse und verdienten prächtig, die schwächeren finanzierten die übermäßigen Importe vor allem auf Kredit, da sie ihren Konsum nicht durch ihre eigene Exportwirtschaft finanzieren konnten. Teilweise wurde dieser Konsum durch die Banken des reichen Nordens finanziert. Knapp gesagt: Deutsche Banken liehen Griechen Geld, damit Griechen bei deutschen Unternehmen einkaufen konnten. Eine ganze Weile lang funktionierte dieses Modell prächtig. Auf Dauer kann das natürlich nicht gut gehen. Durch die gemeinsame Währung hatten die Defizitstaaten keine Möglichkeit, ihre Bilanzen durch Abwertung von Währungen wieder in ein Gleichgewicht zu bringen. Die Schuldenberge wuchsen. Das Ergebnis dieser kurzfristigen und verantwortungslosen Politik, bei der ein gemeinsamer Währungsraum nicht mit einer gemeinsamen Wirtschaftsunion versehen wurde, sind dramatische verschärfte Verteilungskämpfe innerhalb Europas. Diese wurden durch die Krisenbekämpfung noch einmal verschärft. Zur Behebung der Krise wurde auf die alten Rezepte zurückgegriffen. Wer sich in Krisenländern wie Spanien, Portugal, Irland, Griechenland umschaute, wird feststellen, dass dort die Staatsquote zurückgeführt wurde, Steuern gesenkt und Sozialleistungen gekürzt wurden. Das war das Krisenrezept, das Wirtschaftsliberalen, neoliberalen Ökonomen und die Regierungen der übrig gebliebenen starken Länder der Eurozone, allen voran Deutschland, empfahlen. Ob dies die Krisenländer rettet ist eine offene Frage. „Sparen bis es quietscht“, so ein Originalton der CDU, hat viele Menschen in Armut und Depression gestürzt. Merks Krisenbewältigung hat die Verteilungskämpfe in Europa verschärft und so den europäischen Gedanken gründlich diskreditiert. Es kommt ein weiteres hinzu. Diese Krise ist – anders als suggeriert – keine konjunkturelle Delle, nach der es einfach so weiter geht. Sie ist auch keine, die sich auf Europa beschränkt. Tatsächlich werden wir Zeugen eines historischen Einschnitts des „demokratischen Kapitalismus“, wie der Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem definiert.<sup>2</sup> Dieses Modell aus Marktwirtschaft und Demokratie war seit dem 2. Weltkrieg überaus erfolgreich und hat sich im Systemkonflikt mit dem Osten globalisiert – nicht nur im Westen, sondern auch in vielen Schwellenländern wie Brasilien oder Südkorea. Der lange Erfolg dieses Modells beruhte darauf, dass es zwei Prinzipien temporär miteinander versöhnte, das ökonomische Prinzip der Gewinnmaximierung und die demokratisch eingeforderte Teilhabe an Wohlstand. Dieses Modell geriet schon vor Jahrzehnten in eine Krise, als die Wachstumsraten der Nachkriegszeit nicht mehr erreicht wurden. Anders gesagt: Mit Wachstumszahlen von 2% sind dauerhaft Renditen von 15% nur zu erzielen, wenn andere Verluste in dieser Höhe erleiden. Da der Konflikt nicht zu lösen war, musste ein Ausweg gefunden werden. Der Ausweg der 70er Jahre war Inflation, der 80er Jahre

---

<sup>2</sup> Vgl. Wolfgang Streeck, *The Crisis in Context – Democratic Capitalism and Its Contradictions*, dem die nachfolgenden Überlegungen entnommen wurden.

zunehmende Staatsverschuldung, der Ausweg der 90er private Verschuldung – also Teilhabe auf Pump zu Lasten kommender Generationen. Nachdem nach 2001 der „Privat-Keynesianismus“ eines Alan Greenspan in der Lehman-Pleite pulverisiert wurde, waren die Staaten gezwungen, große Teile der aufgelaufenen Verschuldung zu verstaatlichen.

Hinzu kommt aber ein weiteres: Die Globalisierung hat das Kräfteverhältnis zwischen Politik und Markt, zwischen Demokratie und Kapitalismus, zulasten der Demokratie verschoben. In den Worten von Wolfgang Streeck: Durch die Globalisierung wurde „der demokratisch-kapitalistische Verteilungskonflikt zunehmend gegen demokratischen Druck von unten isoliert.“ Es geht also nicht nur um das Rezept zur Behebung einer Wirtschafts- und Finanzkrise.

Es geht um unsere Demokratie. Wir brauchen mehr Europa um die Demokratie zu stärken, politische Handlungsfähigkeit, politische Souveränität wieder zu gewinnen. Nur ein gestärktes Europa kann in globalisierten Märkten Standards setzen – von der Chemie- über Handels- bis hin zur Bankenregulierung. Europa war in vielen Fragen Vorreiter – etwa in der Klimapolitik, in der Energiepolitik und hat so neuen Technologien und neuen Instrumenten zum Durchbruch verholfen.

Nur, nutzt Europa die Macht, diese „Soft Power“<sup>3</sup> Zunehmend weniger. Europa ist von durchgehend konservativen Mehrheiten geprägt, in der Kommission, bei den Mitgliedsstaaten und im Europaparlament. Diese konservativen Mehrheiten sind gerade dabei, sich genau von dieser Stärke Europas zu verabschieden. Die Konservativen Europas setzen auf Deregulierung. Sie wollen die regulatorische Kraft Europas international schwächen und nicht stärken.

#### **4. Globales Marktversagen**

Dabei wird Europas „Soft Power“ dringend gebraucht. Wir brauchen einen handlungsfähigen Akteur um zwei riesigen globalen Problemen zu begegnen. Das kann kein Nationalstaat. Wir müssen einem doppelten globalen Marktversagen entgegen wirken: Der Klimawandel und die Finanzkrise.

Den Klimawandel kann in der Sprache der Ökonomie folgendermaßen knapp erklärt werden: Die Preise auf den Märkten für Energie, Verkehr und Wärme kalkulieren ohne die Kosten, die der Handel auf diesen Märkten in Form von drastischen Umweltschäden verursacht. In der Finanzkrise hat ein international unregulierter Markt für Finanzdienstleistungen die halbe Welt in eine Wirtschaftskrise gestürzt, deren Kosten kaum jemand seriös kalkulieren konnte. In beiden globalen Problemen gibt es im Europa der Konservativen eher eine Entwicklung zum Schlechteren. Nehmen wir ein aktuelles Beispiel aus den Verhandlungen über ein *Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen* (TTIP). Nein, keine Sorge, ich werde Ihnen hier nicht vor dem Mittagessen den Appetit mit einer Verdammung des US-Chlorhühnchens und dem Werben mit Vorteilen des *Wiesenhof*-Huhns verderben. Ob der Salmonellenbefall bei der Massentierhaltung besser mit Chlor oder mit Medikamenten bekämpft wird, ist keine Frage hoher oder niedriger Standards, sondern des Kampfes um Marktanteile. Und es ist auch nicht

---

<sup>3</sup> Joseph Nye

so, dass in diesen Verhandlungen immer die Europäer ihre hohen Standards gegen deregulierungsgeile Amerikaner verteidigen. Mitnichten. Die USA haben sich in den Verhandlungen geweigert, über die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen zu verhandeln. Sie fürchten, dass ihre strenge Gesetzgebung zur Bankenregulierung, niedergelegt im *Dodd-Frank-Act*, durch die niedrigen europäischen Standards verwässert werden könnte.

Was ist der wesentliche Unterschied? Damit nicht wieder die Steuerzahler für Bankpleiten haften müssen, verlangen die USA von ihren Banken ein erheblich höheres Eigenkapital im Verhältnis zu ihrer Bilanzsumme – genannt *leverage ratio* – als die EU. Und wer steht am heftigsten auf der Bremse? Deutschland. Als die USA dieser Tage für die US-Töchter europäischer Banken das gleiche Eigenkapital für ihre Banken verlangten, war die deutsche Bankenlobby schwer empört. Und Finanzminister Schäuble warnte gar vor einer „Balkanisierung des internationalen Finanzsystems“. Die ließe sich leicht vermeiden – man müsste die Banken in Europa nur zu den Standards zwingen, zu dem sie in den USA schon verpflichtet sind. Das mindert auch die Risiken unserer Steuerzahler. Anders gesagt, Europa ist nur dann eine Antwort auf die Globalisierung, wenn es seine Rolle aktiv bei der Regulierung wahrnimmt – und nicht zu Gunsten finanzstarker Lobbys verweigert. Das gilt gerade in der Klimapolitik. Jahrelang war Europa, getrieben von Deutschland, Skandinavien und Großbritannien ein Motor der internationalen Klimapolitik. Was die Reduktion von Treibhausgasen anging, was die Einführung von erneuerbaren und effizienten Technologie anging, trieb Europa mit seiner Klimapolitik die Welt voran – oft im Konflikt mit den USA und China.

Und heute? Heute sinken die Treibhausgase der USA und steigen u.a. dank sächsischer Braunkohle in Deutschland. Auch China hat uns beim Ausbau Erneuerbarer Energien abgehängt. Deutschland fällt seit Merkel regiert schon länger als Vorreiter aus. Und im Rest Europas droht ein Rollback beim Klimaschutz mehrheitsfähig zu werden. Mit dem Klima- und Energiepaket für 2030 hat sich die Europäische Kommission faktisch vom 2°-Ziel verabschiedet. Damit die globale Temperatur nicht um mehr als 2° C steigt und damit dramatische ökologische wie ökonomische Folgen vermindert werden, muss bis 2050 in den Industrieländern der Treibhausgasausstoß gegenüber 1990 um mindestens 80% reduziert werden. Wenn die Kommission nun für 2030 ein Ziel von 40% ausruft, dann glaubt sie offensichtlich, dass man in den verbleibenden 20 Jahren genauso viele Reduktionen schafft wie in den ersten 50 Jahren. Das ist unmöglich – im Gegenteil, die frühen Reduktionen waren die leichtesten – etwa nach der Deindustrialisierung Ostdeutschlands. Zudem verzichtet die Kommission vollständig auf verbindliche nationale Ziele, wie sie heute beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz noch gelten. Wenn sich die Mitgliedstaaten Europas im Juni dieser Position anschließen sollten, dann hat die Welt eine Hoffnung weniger. Nämlich ein Europa, das sich aktiv dem Klimawandel entgegenstellt. Europa ist nur dann eine Hoffnung in der Gestaltung der Globalisierung, wenn es nicht von wirtschaftsliberalen Mehrheiten regiert wird. Auch darüber wird bei der Europawahl am 25. Mai diesen Jahres abgestimmt.

## **5. Mehr Europa**

Wenn wir unser Hoffnung an Europa bewahren wollen, müssen wir die Krise in Europa überwinden. Wenn wir die Krise in Europa überwinden wollen, brauchen wir mehr Europa. Das ist zunächst eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Europa wird nur aus der Krise kommen, wenn



1. die notwendige Konsolidierung um eine nachhaltige Wachstumsstrategie und ein europäisches Investitionsprogramm ergänzt wird.

2. die wirtschaftlichen Ungleichgewichte bekämpft werden – in den Defizitländern durch Hebung der Wettbewerbsfähigkeit, in den Überschussländern wie Deutschland durch eine Stärkung der Binnennachfrage und das geht nur über höhere Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn.

Wenn wir diese Krise nicht überwinden, werden wir in einer Spirale der Renationalisierung landen. Und es mache sich niemand etwas vor, diese Spirale bedroht die demokratische und friedensstiftende Kernidee Europas. Mehr Europa ist kein Selbstzweck. Europa ist Frieden, Demokratie, Recht und Wohlstand. Europa wird nur wieder eine Hoffnung werden, wenn dieses Europa demokratischer, sozialer und ökologischer wird. Dafür bedarf es politischer Mehrheiten – gegen die offene und gegen die klammheimliche Renaissance des Nationalen. Aber es lohnt sich, um diese Hoffnung zu kämpfen.

Vielen Dank.

#### **Spielzeit 2013/2014**

Herausgegeben vom Staatsschauspiel Dresden → Intendant: Wilfried Schulz → Gestaltung: Andrea Dextor → Alle Rechte liegen bei den Rednern.

## **Dresdner Reden 1992 – 2014**

**1992**

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt

**1993**

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow – Regine Hildebrandt

**1994**

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf

**1995**

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens

**1996**

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer

**1997**

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass

**1998**

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád

**1999**

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleşu – Rolf Schneider

**2000**

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies

**2001**

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun

**2002**

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr

**2003**

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann

**2004**

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel

**2005**

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt

**2006**

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer

**2007**

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt

**2008**

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck

**2009**

Fritz Pleitgen – Jörn Rügen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan

**2010**

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller

**2011**

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

**2012**

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

**2013**

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

**2014**

Prof. Dr. Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff



**3.2014**